



SACHSEN-ANHALT

Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Mitte
Große Ringstraße 52, 38820 Halberstadt

Amt für
Landwirtschaft,
Flurneuordnung und
Forsten Mitte

ISA
Ingenieure für Städtebau und Architektur
Hauptstraße 44
67716 Heltersberg

Stadt Wolmirstedt
August-Bebel-Straße 25
39326 Wolmirstedt

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt mit den Ortschaften Elbeu, Farsleben, Glindenberg und Mose

Um die Entwicklung der Stadt Wolmirstedt im Zuge der geplanten Ansiedelung des Chipherstellers Intel in der Landeshauptstadt Magdeburg einer geordneten städtebaulichen Entwicklung zuzuführen, ist die Fortschreibung des geltenden Flächennutzungsplans der Stadt aus dem Jahr 2019 notwendig. Die Gemeinde geht davon aus, dass durch den Bau des Werkes des Chipherstellers weitere Investitionen von Zulieferbetrieben und Partnern in der Region um Magdeburg erfolgen werden und erwartet daher eine erhöhte Nachfrage nach Gewerbe- und Wohnbaufläche. Darum hat der Stadtrat der Stadt Wolmirstedt am 01.12.2022 die Einleitung der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt mit den Ortschaften Elbeu, Farsleben, Glindenberg und Mose beschlossen. In der öffentlichen Sitzung am 28.11.2024 hat der Stadtrat der Stadt Wolmirstedt den Vorentwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Begründung und Umweltbericht gebilligt und zur frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB bestimmt.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans werden die bestehenden Planwerke der Gemarkungsfläche Wolmirstedt einschließlich der Ortsteile mit folgenden Zielen:

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

Halberstadt, 22.01.2025

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen:

R2-61240/6 BK 2024/109

Bearbeitet von: Frau Kroh

Telefon: +49 3941 671 114

Email: brita.kroh@alff.sachsen-anhalt.de

Dienstgebäude:
Große Ringstraße 52
38820 Halberstadt

Telefon +49 3941 671 0
Telefax +49 3941 671 199

Email: alffhbs.poststelle@alff.mule.sachsen-anhalt.de

Internet:
www.alff.sachsen-anhalt.de/alff-mitte

Sprechzeiten:
Mo. - Fr. 09:00 - 12:00 Uhr
Di. 13:00 - 15:30 Uhr
Besuche bitte möglichst vereinbaren!

Hinweise zum Datenschutz unter:
www.lsaurl.de/alffmittedsngo

Landeshauptkasse Sachsen - Anhalt
Deutsche Bundesbank
BIC MARKDEF1810
IBAN
DE21810000000081001500

1. Ausweisung zusätzlicher Wohnbau- und Gewerbeflächen
2. Erweiterung der Flächen für Versorgungsanlagen im Bereich des Umspannwerkes
3. Ausweisung der Fläche für den Garagenkomplexes an dem Ohre als gemischte Baufläche
4. Ausweisung einer Sonderbaufläche für großflächigen Einzelhandel im Bereich Samsweger Straße/Geschwister-Scholl-Straße
5. Neuausweisung von geeigneten Sonderbauflächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen
6. Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien

aktualisiert bzw. geändert.

Der räumliche Geltungsbereich des Flächennutzungsplans umfasst die ca. 5.427 ha (54,27 km²) große Gemarkungsfläche der Stadt Wolmirstedt mit 4 Ortsteilen.

Da der Geltungsbereich landwirtschaftlich genutzte Flächen belegt, nehme ich zu dem Vorhaben hinsichtlich der von mir zu vertretenden öffentlichen Belange Landwirtschaft, Agrarstruktur und Forsten wie folgt Stellung:

Von der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt ist das Flurbereinigungsverfahren BAB 14 Samswegen/Groß Ammensleben betroffen. Das im Bereich Mose neu ausgewiesene Gewerbegebiet liegt teilweise im Verfahrensgebiet. Eine weitere Beteiligung des SG 14 des ALFF Mitte ist deshalb zwingend notwendig.

Ansprechpartner: Frau Wolf

Tel: 039209 203 444

E-Mail: Silke.Wolff@alff.sachsen-anhalt.de

Außerdem berührt die Ausweisung von zusätzlich gewerblichen Bauflächen nördlich des Ortsteils Mose an der Bundesstraße B 189, unweit der Autobahnanschlussstelle Wolmirstedt in der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt, teilweise die Belange des Flurbereinigungsverfahrens Colbitz BAB A14.

Folgende Flurstücke im Flurbereinigungsverfahren Colbitz BAB A14 sind vom geplanten Gewerbegebiet nördlich von Mose betroffen.

Gemarkung	Flur	Flurstücke
Mose	2	33 teilweise, 119, 120 und 122

Das ALFF Mitte, Außenstelle Wanzleben, führt begleitend zum geplanten Lückenschluss BAB 14 Magdeburg-Wittenberge-Schwerin ein Flurbereinigungsverfahren nach §§ 87 ff. Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) für den Teilabschnitt VKE 1.2 von der Anschlussstelle

Wolmirstedt bis B189 nördlich Colbitz durch. Mit Beschluss vom 29.12.2006 ordnete das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt das Flurbereinigungsverfahren an. Im o.g. Flurbereinigungsverfahren sind die Ergebnisse des Wertermittlungsverfahrens festgestellt und die Baumaßnahmen zum Wege- und Gewässerplan nach § 41 FlurbG einschließlich deren Änderungen wurden umgesetzt. Die Vermessungsarbeiten zur Grundrissaufnahme und Blockbildung im Flurbereinigungsverfahren Colbitz BAB A14 sind abgeschlossen. In diesem Jahr werden die Anhörungen der Teilnehmer gemäß § 57 FlurbG im Flurbereinigungsverfahren Colbitz BAB A14 über ihre Wünsche für die Abfindung fortgeführt. Bis Ende 2025 sollen die Beteiligten vorläufig in den Besitz der neuen Grundstücke gemäß § 65 FlurbG eingewiesen werden.

Ich bitte zu beachten, dass von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes gemäß § 34 FlurbG eine Veränderungssperre an den dem Flurbereinigungsverfahren unterliegenden Grundstücken eintritt.

Alle Vorhaben, die den Einschränkungen nach § 34 FlurbG unterliegen, bedürfen der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde.

Im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens ist die Zuteilung der betroffenen Grundstücksflächen im geplanten Gewerbegebiet nördlich von Mose mit den beteiligten Bodeneigentümern abzustimmen sowie eine Zuwegung zu den Teilflächen im Flurbereinigungsverfahren zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, Ihre Planungen zum Gewerbegebiet nördlich von Mose hinsichtlich der Neueinteilung/Abfindung im Flurbereinigungsverfahrens Colbitz BAB A14 mit dem Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Mitte, Außenstelle Wanzleben in den zuvor genannten Aspekten abzustimmen.

Ansprechpartner:

Dirk Krause

Tel.: 039209/ 203-480

E-Mail: dirk.krause@alff.sachsen-anhalt.de

Die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt den größten Teil der Gemarkungsfläche der Stadt ein, das Plangebiet ist landwirtschaftlich geprägt. Bei den im zukünftigen Flächennutzungsplan dargestellten geplanten Flächen von Wohnbebauung, Gewerbe und sonstigen Flächen, Verkehrsflächen und Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien kommt es zum Verlust von landwirtschaftlich intensiv genutztem Boden. Es wird unbebauter Landschaftsraum in Anspruch genommen.

Im Flächennutzungsplan werden die für den Flächennutzungsplan geplanten zukünftigen Bauflächen für die Stadt Wolmirstedt und die dazugehörigen Ortsteile lediglich beschrieben und auf der Karte dargestellt. Außerdem sind Altlasten- und Altlastenverdachtsflächen

gekennzeichnet, die für eine bauliche Nutzung vorgesehen sind. Aus den Unterlagen geht keine konkrete Ausweisung von Flurstücken und deren Nutzungsänderung hervor.

Bestehende Wohnbauflächen sollen um Wohnbauentwicklungsflächen erweitert. Um die Nutzungsvielfalt zu sichern werden „Gemischter Bau-flächen“ dargestellt. Die Gemeinde geht davon aus, dass zukünftig ein weiterer Bedarf an Gewerbeflächen für Zulieferer notwendig sei, sodass zusätzlich zu bereits bestehenden Gewerbeflächen neue Flächen für Gewerbe geplant sind. Des Weiteren wurden neue Verkehrsflächen im Nordosten der Kernstadt festgesetzt und Flächen für Versorgungsanlagen in Wolmirstedt, sowie „Flächen für Anlagen und Einrichtungen zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung“ (Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher) geplant. Eine landwirtschaftliche Fläche im Westen der Kernstadt ist in diesem Flächennutzungsplan als Gemeinbedarfsfläche für Sport ausgewiesen. Neue geplante Grünflächen sind im Westen von Wolmirstedt als Abgrenzung der zentralen Sportanlage zu den Landwirtschaftlichen Flächen vorgesehen.

Sofern diese Planungen nicht den Entzug von Landwirtschaftsflächen nach sich ziehen bestehen keine Bedenken. Da aber erst im weiteren Verfahren Ergänzungen und Konkretisierungen erfolgen, möchte ich an dieser Stelle unbedingt die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft und deren wichtigsten Produktionsfaktor – den Boden – aufmerksam machen.

Die Belange der Landwirtschaft sind durch die Entwicklung der Plangebiete erheblich betroffen. Die Landwirtschaft ist eine Schlüsselbranche im Wirtschaftskreislauf. Sie sichert die Ernährung einer immer größer werdenden Zahl von Menschen und liefert wertvolle Agrarrohstoffe für eine energetische und stoffliche Verwertung. Die Landwirtschaft soll die Lebensgrundlage durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Boden, Luft, Wasser und Natur nachhaltig erhalten. Für die Landwirtschaft ist der Boden ein unersetzlicher Produktionsfaktor und er spielt für die wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe eine zentrale Rolle. Im Gegensatz zu anderen Produktionsfaktoren ist Boden nicht vermehrbar. Laut dem Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundes-Bodenschutzgesetz (Bodenschutz-Ausführungsgesetz Sachsen-Anhalt – BodSchAG LSA) § 1 Vorsorgegrundsätze (1) soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden. Dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Böden sind die Grundlage für die Lebensmittelproduktion und damit der wichtigste Produktionsfaktor in der Landwirtschaft.

Die landwirtschaftliche Nutzung der Böden konkurriert mit anderen Formen der Bodennutzung (Wald, Verkehrs- und Siedlungsflächen, sonstiges). Um den sogenannten „Flächenfraß“ zu verlangsamen bzw. zu verhindern, sollte das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsflächen laut Zielsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag begrenzt werden. Dieses Ziel konnte im Bundesdurchschnitt nicht erreicht werden.

Nach Neuauufstellung der Nachhaltigkeitsstrategie 2016 sollten bis 2030 diese Flächen um weniger als 30 ha pro Tag wachsen, im Jahr 2050 sollen sie gemäß des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung einer Flächenkreislaufwirtschaft entsprechend sogar „Netto-Null“ betragen (Bundesumweltamt, 2021).

Das Gebot des Flächensparens unter Berücksichtigung aller konkurrierenden Nutzungsformen findet sich auch im Landesentwicklungsplan (LEP) des Landes Sachsen-Anhalt 2010 wieder (Punkt 1.3., S. 6). Darüber hinaus heißt es unter Punkt 1.4: „In Räumen mit relativ günstigen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft soll landwirtschaftliche Nutzfläche für andere Nutzungen nur in dem unbedingt erforderlichen Maß in Anspruch genommen werden“ (LEP LSA, S. 11).

Gemäß § 15 Landwirtschaftsgesetz Sachsen-Anhalt (LwG LSA) vom 28. Oktober 1997 darf landwirtschaftlich genutzter Boden nur in begründeten Ausnahmefällen der Nutzung entzogen oder in der landwirtschaftlichen Nutzung beschränkt werden.

Durch die geplanten Vorhaben werden bisher überwiegend landwirtschaftlich intensiv genutzte Ackerflächen dauerhaft der landwirtschaftlichen Produktion entzogen.

Laut dem Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundes-Bodenschutzgesetz (Bodenschutz-Ausführungsgesetz Sachsen-Anhalt – BodSchAG LSA) § 1 Vorsorgegrundsätze (1) soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Vorrangig sind bereits versiegelte, sanierte, baulich veränderte oder bebaute Flächen wieder zu nutzen.

Der stetig wachsende Bedarf von neuen Flächen für Wohnraum, Gewerbe- und Industrieansiedlungen, für Straßen und sonstige Verkehrseinrichtungen sowie von jeweils dazugehörigen naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen – insbesondere im Kontext der Intel-Ansiedlung – wird zum Großteil durch die Überplanung landwirtschaftlicher Flächen „gewonnen“.

Die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete wird hier mit der fast vollständig bebauten Bauabschnitte 1 bis 5 des Lindhorster Wegs und des Bebauungsplan Nord in Elbeu, wo nur noch die straßenbegleitende Bebauung an der Jersleber Straße vorbereitet wird, begründet.

Städte und Kommunen sind daneben auf das Ausweisen neuer Gewerbegebiete angewiesen, um so Steuereinnahmen zu generieren. Doch der Flächenverbrauch geht meist zulasten der Landwirtschaft. Statt am Ortsrand neue Wohnsiedlungen zu bauen, sollten leerstehende Wohnungen in Ortskernen saniert werden. Städte könnten verdichtet und in die Höhe statt in die Breite bebaut werden. Gemäß § 50 BImSchG muss die Planbehörde bei der Aufstellung von FNP und Bauplanung beachten, dass die Bauflächen einander so zugeordnet werden, dass „schädliche Umwelteinwirkungen auf ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete so weit wie möglich vermieden werden“. Das immissionsschutzrechtliche Trennungsgebot gilt auch im Verhältnis von Wohngebieten zu landwirtschaftlichen Nutzflächen. Durch Wohnbebauungen an Ortsrändern mit angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen kommt es regelmäßig zu Konflikten. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der angrenzenden Flächen, birgt hohes Konfliktpotential, welches durch Lärm-, Staub- und Geruchsbelästigung durch Landmaschinen bei Bestellungs-, Dünge- und Erntearbeit, auch an den Wochenenden, Feiertagen und in den Abend- und Nachtstunden, ausgelöst wird. Indem die Gemeinde in einen, durch ein erhöhtes Immissionspotential gekennzeichneten Bereich, ein störempfindliches Wohngebiet hineinplant schafft sie selbst die Voraussetzungen für die Konflikte. Zudem ist eine ausreichende Vorflut einzuplanen.

Der vorliegende Flächennutzungsplan weist insbesondere neue Sonderbauflächen mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ in erheblichem Umfang von 14,45 ha im Ortsteil Elbeu und 24,55 ha im Süden des Ortsteils Glindenberg aus. Daneben sind Batteriespeicher auf Flächen westlich der Kernstadt und nördlich des Umspannwerkes geplant.

Gemäß aktuell gültigem Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt 2010 (Pkt. 3.4. G 84) sollen Photovoltaikfreiflächenanlagen vorrangig auf bereits versiegelten oder Konversionsflächen errichtet werden. Die technischen Voraussetzungen für den Bau von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen, Parkplätzen, Lärmschutzwänden usw. liegen vor. Laut Pkt. 3.4. G 85 soll die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen auf landwirtschaftlich genutzter Fläche weitestgehend vermieden werden, um die Landwirtschaft als raumbedeutsamen Wirtschaftszweig zu sichern.

Die hier in Anspruch genommen Flächen werden zum Teil landwirtschaftlich genutzt. Den hier wirtschaftenden Betrieben wird durch den Bau der Freiflächenanlagen ihre Betriebsfläche entzogen. Auch nach Ansicht des Deutschen Bauernverbandes gehören Photovoltaikanlagen zuerst auf Dächer, Scheunen, Wirtschaftsgebäude oder Parkplätze und zuallerletzt auf fruchtbare Böden. Zur Sicherung einer nachhaltigen Ernährung muss der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen für PV-Freiflächenanlagen so weit wie möglich vermieden werden. Flächen, die aufgrund ihrer natürlichen Eignung und Ertragsfähigkeit für die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln und Futtermitteln besonders gut geeignet sind, sollen für die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen ausgeschlossen

werden. Die an die Autobahn angrenzenden Ackerflächen haben ein hohes Ertragspotenzial haben und sind daher, trotz Privilegierung, unbedingt schutzwürdig. Die Erzeugung alternativer Energien darf nicht zulasten regionaler Lebensmittelproduktion gehen.

In die Abwägung ist jedoch einzubeziehen, dass Deutschlands Klimaziele nach deutlich mehr Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien verlangen. Die Zielsetzung bis 2030 für den Anteil erneuerbarer Energien am Strommix in Deutschland liegt bei 80 Prozent. Die Energiewende wird nicht ohne PV-Freiflächenanlagen funktionieren. Im Hinblick auf den Ausbau von Photovoltaik bedeutet das unter anderem: Es müssen geeignete Flächen gefunden werden, um die Module für eine entsprechende Leistungsfähigkeit zu installieren. Laut Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE wären diese in ausreichender Größe vorhanden – ohne in Konflikt mit anderen Nutzungen zu kommen, z.B.:

- Fahrzeugintegrierte Photovoltaik nutzt die Dachflächen von Fahrzeugen – in Analogie zu PV-Anlagen auf Hausdächern
- Bauwerkintegrierte Photovoltaik wird in Gebäudehüllen (etwa in hinterlüfteten Fassaden) eingesetzt
- Urbane Photovoltaik wird in öffentlichen Räumen errichtet und fungiert dort beispielsweise als Schattenspender.
- Integration von PV-Anlagen in Verkehrswege
- Agri-Photovoltaik verbindet landwirtschaftliche Produktion mit der solaren Stromerzeugung

PV-Anlagen auf fruchtbaren Böden sind nicht zielführend. Sie sollten nur dort entstehen, wo der Boden nicht oder nur sehr gering für die Landwirtschaft nutzbar ist. Freiflächenanlagen haben eine deutliche Flächenrelevanz mit Auswirkungen auf die Freiraumnutzung hinsichtlich Versiegelung, Bodenveränderung, Flächenzerschneidung und die Veränderung der Landschaft (Grundsatz 85 LEP-LSA 2010). Für eine hohe Energieleistung ist nach dem Grundsatz 85 LEP-LSA 2010 ein großer Flächenbedarf erkennbar, der einer landesplanerischen Abstimmung bedarf.

Ich empfehle dringend eine erneute Überprüfung alternativer Standorte, wie z.B. im öffentlichen Raum. Obwohl es keine leichte Aufgabe ist, bringt die Installation von PV-Anlagen im öffentlichen Raum zahlreiche Vorteile mit sich. Diese gehen sogar über die üblichen Vorzüge hinaus, die sich im Zusammenhang mit der Erzeugung von Solarstrom ergeben.

- Doppelte Flächennutzung
Das Konzept der doppelten Flächennutzung mit Photovoltaik wurde bereits mehrfach angerissen. Versiegelte Flächen gibt es im öffentlichen Raum in großer Zahl –

inklusive der dazugehörigen Gebäude und Verkehrswege. Viele davon eignen sich für die Integration von Photovoltaik, sodass keine zusätzlichen Flächen verbraucht werden.

- Multifunktionalität

Photovoltaikmodule auf öffentlichen Plätzen, an öffentlichen Gebäuden oder über Verkehrswegen können mit Leichtigkeit mehrere Funktionen erfüllen. Die Module lassen sich beispielsweise mit einer Beleuchtung ausstatten (und tragen so in der Stadt zur allgemeinen Sicherheit bei), sie fungieren als Beschattung oder Regenschutz, unterstützen die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, verringern die Hitzebelastung für versiegelte Flächen etc.

- Netzanschluss

Insbesondere im Vergleich zu PV-Anlagen auf Freiflächen ermöglicht die Integration in urbane Strukturen meist eine kurze Anbindung zum Netzanschluss. Das Fraunhofer ISE verweist gerade bei Photovoltaik in Verkehrswegen darauf hin, dass sich der Aufwand für Aufbau, Verlegung und Installation durch die Kombination der beiden Teilbereiche (Straße und PV-Kraftwerk) zu einem einzigen System verringern lässt. Ähnlich verhält es sich bei Gebäuden mit verglasten Flächen, da diese die PV-Integration mit geringem Mehraufwand erlauben.

- Aufwertung

Photovoltaik bietet nicht nur einen funktionalen Mehrwert, sie trägt außerdem zu einer optischen Aufwertung bei. Das gilt für sterile Plätze im öffentlichen Raum genauso wie für Gebäudefassaden.

Durch vielfältigere Designoptionen können PV-Anlagen stimmig an das jeweilige Umfeld angepasst werden. Auf diese Weise wird Photovoltaik zu einem gestalterischen Element für den öffentlichen Raum, das die Attraktivität von Plätzen und Gebäuden steigern kann.

Sollte sich keine Standortalternative finden, bietet der Bau von Agri-Photovoltaikanlagen eine Lösung für den Nutzungskonflikt. Diese PV-Module, die auf landwirtschaftlich bewirtschafteten Feldern stehen, erlauben eine Doppelnutzung (landwirtschaftliche und energetische Nutzung) ein und derselben Fläche. Durch eine durchgehende Aufständigung der PV-Anlage mit entsprechendem Abstand zwischen den Modulen, wird eine ackerbauliche, obst- oder gemüsebauliche Nutzung ermöglicht.

Agri-PV-Anlagen haben das Potenzial zu einem wichtigen Baustein für das Gelingen der Energiewende zu werden, da sie durch die Mehrfachnutzung von Flächen bestehende Ziel- und Nutzungskonflikte zwischen Energiewende und Agrarproduktion auflösen. Dies ermöglicht nicht nur die Erhaltung landwirtschaftlicher Erträge, sondern auch die Anpassung an den Klimawandel, einen Beitrag zum Biodiversitätsschutz und die Förderung der notwendigen Diversifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen zur Sicherung und Steigerung der Wertschöpfung.

Für eine „Agri-Photovoltaikanlage“ ist entscheidend, dass die hauptsächliche Nutzung der Fläche die landwirtschaftliche Produktion bleibt. Nach Definition der GAPDZV und der DIN SPEC 91434:2021-05 sind dies 85 % der Fläche, die landwirtschaftlich genutzt sein müssen. Agri-Photovoltaik-Anlagen gelten als hauptsächlich landwirtschaftliche Nutzung (§ 12 Abs. 5 GAPDZV), wenn der Nachweis erbracht wird, dass die Bearbeitung der Fläche unter Einsatz üblicher Methoden, Maschinen und Geräte möglich ist und die nutzbare Fläche nach DIN SPEC 91434:2021-05 höchstens um 15 % verringert wird. Das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ALFF) Mitte begrüßt eine Doppelnutzung von Flächen für landwirtschaftliche Produktion und PV-Anlagen.

Es wird darauf hingewiesen, dass mit der Freiflächenanlagenverordnung (FFAVO 2022) vom 15.02.2022 eine Festlegung der Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in benachteiligten Gebieten erfolgte. Die benachteiligten Gebiete sind in der Verordnung verankert und festgeschrieben. Gemäß § 1 Abs. 2 der FFAVO darf die zu installierende Leistung der Freiflächenphotovoltaikanlagen eines Kalenderjahres eine Gesamtleistung von 100 MW in benachteiligten Gebieten nicht überschreiten.

Um dem Ausbau der Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien nicht entgegenzustehen und dabei den bedeutenden Produktionsfaktor Boden so gering wie möglich einzuschränken, sind bei der Umsetzung von sonstigen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere Windanlagen, nachfolgende Hinweise zu beachten:

- Für die Erschließung des Vorhabens ist das bereits vorhandene Wegenetz zu nutzen, die benutzenden Wirtschaftswege müssen in ihrem Zustand erhalten oder sogar verbessert werden. Entstandene Schäden sind durch den Investor zu ersetzen. Die anschließende Benutzbarkeit der landwirtschaftlichen Wirtschaftswege muss gewährleistet sein.
- Durch den Investor ist zu prüfen, ob Meliorations- oder Drainageanlagen von der Baumaßnahme betroffen sind. Sollten bei den notwendigen Erdarbeiten Schäden an den Anlagen auftreten, muss der Investor diese beseitigen und haftet außerdem für die Funktionstüchtigkeit.
- Beim Aushub der Erde sind Mutterboden und Unterboden getrennt zu lagern. Die Gräben sind in der richtigen Reihenfolge wieder zu verfüllen. An den Stellen, wo Kabelleitungen Wege schneiden, ist der Boden sorgfältig wieder zu verfestigen.
- In der weiteren Planung ist zwingend darauf zu achten, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen nicht durch den Bau von Windenergieanlagen und den benötigten Zuwegungen zerschnitten werden und unwirtschaftliche Kleinstflächen entstehen.
- Der Rückbau geplanter Windenergieanlagen, insbesondere der Rückbau der Fundamente und der nicht mehr benötigten versiegelten Flächen, hat vollständig zu

erfolgen. Die Flächen sind anschließend ordnungsgemäß mit standortgerechtem Bodenmaterial, abschließend mit Mutterboden zu verfüllen. Die Bodenfunktionen sowie die Ertragsfähigkeit sind wiederherzustellen, damit eine landwirtschaftliche Nutzung erfolgen kann.

- Die Eigentümer bzw. die Bewirtschafter der landwirtschaftlich genutzten Flächen sind rechtzeitig bei Errichtung von Windenergieanlagen zu informieren. Ertragsausfälle, Ernteverluste sowie Ansprüche auf, bzw. Rückforderungsansprüche von Zuwendungen, die durch die geplanten Baumaßnahmen an landwirtschaftlich genutzten Flächen entstehen und in den Folgejahren nicht auszuschließen sind, sind entsprechend zu entschädigen. Mindererträge auf landwirtschaftlichen Flächen nach Rückbau sind zu entschädigen.

Im Flächennutzungsplan werden Flächen zum Ausgleich und Ersatz als "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft" dargestellt. Bei der Suche nach Flächen für Ersatzmaßnahmen genießt die Landwirtschaft einen besonderen Schutz. Um zu vermeiden, dass weitere landwirtschaftliche Flächen aus der Nutzung genommen werden, haben Entsiegelung, Wiedervernetzung von Lebensräumen, sowie Bewirtschaftungs- und Pflegemaßnahmen Vorrang. Der Entzug landwirtschaftlicher Flächen als Kompensation für die Inanspruchnahme von Flächen für die Errichtung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien stellen keinen begründeten Ausnahmefall dar.

Dem ALFF Mitte ist bewusst, dass unvermeidbare Eingriffe in die Natur zwingend durch den Verursacher kompensiert werden müssen. Der Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt ist als anerkannter Flächenmanager nach § 7 Abs. 3 Naturschutzgesetz Sachsen-Anhalt in der Lage, Kompensationsverpflichtungen mit befreiender Wirkung für einen Eingriffsverursacher zu übernehmen. Er hilft auch bei der Flächensuche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Kompensationsflächenpools).


Anstelle der Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist in Sachsen-Anhalt auch eine Anrechnung von Maßnahmen des Ökokontos (Ökokontomaßnahmen) zur Kompensation möglich. Mit der Ökokonto-Verordnung bietet das Land Sachsen-Anhalt einen Weg, die Eingriffsregelung umzusetzen. Das Ökokonto, das der Verrechnung von vorab durchgeführten Kompensationsmaßnahmen über die nachträgliche Zuordnung zu Eingriffen dient, ist ein wirksames Hilfsinstrument zur erleichterten Abarbeitung der Vorschriften der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, aber auch der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung. In Sachsen-Anhalt gibt es derzeit acht anerkannte Einrichtungen für die Übernahme von Kompensationspflichten:

1. Bundesforstbetrieb Mittelelbe
2. Bundesforstbetrieb Nördliches Sachsen-Anhalt

3. Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt
4. Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH
5. NABU-Institut für Fluss- und Auenökologie
6. NABU-Stiftung Nationales Naturerbe
7. Stiftung Umwelt, Natur-und Klimaschutz Sachsen-Anhalt
8. Stiftung Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag



Kroh